

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 800 Mark. Einzelne Nummern 35 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schiffsleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungsteil 100 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 200 Mark, unter Eingangsbeitrag 240 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragliche Nebentätigkeiten: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Sitzungsbücher der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentralbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsküffe von Holzpfählen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 13

Dienstag, 16. Januar

1923

Neue Verfehlungen — neue Sanktionen.

Die letzten Verfehlungen Deutschlands.

Paris, 15. Januar.

Der diplomatische Mitarbeiter von Havas behauptet, Poincaré habe sich im Einvernehmen mit Poincaré und seinem belgischen Kollegen Delcroix verständigt, in einer gemeinsamen Note die Reparationskommission aufzufordern, morgen die letzten Verfehlungen Deutschlands gegenüber seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage festzustellen.

Zu der Meldung, daß die Reparationskommission am Mittwoch deutsche Delegationen über den Abschluß eines Vertrages mit Italien über Benzollieferungen hören will, wird von zuständiger deutscher Seite mitgeteilt, daß die deutsche Regierung darauf verzichtet, Vertreter zu diesen Verhandlungen über die Benzollieferungen nach Paris zu entsenden und daß sie sich lediglich auf die vor einigen Monaten schriftlich abgegebenen Erklärungen beziehe, wonach sie über das von Frankreich in Anspruch genommene Quantum hinaus voreinst keine Benzollieferungen machen könne.

Paris, 16. Januar.

Die „Echo de Paris“ teilt mit, daß die Reparationskommission sich heute vormittags 11 Uhr auf Antrag des französischen und belgischen Delegierten mit den angestrichenen vorläufigen Verfehlungen Deutschlands beschäftigten, die sich nicht nur auf die Kohlen- und Stahllieferungen beziehen sollen, sondern auch auf die Einstellung der Eisenwerke und endlich auf die Nichtausführung von großen Werken im öffentlichen Interesse Frankreichs, die verlangt worden sind. Es handelt sich offenbar um die Ausführung des noch gar nicht näher präzisierten Planes von Le Troquer, der bekanntlich Kanalbau und Elektrizitätsgewinnung vor sich führt. Diese Ausführung ist mit der deutschen Regierung noch nicht verhandelt worden. — „Petit Parisien“ glaubt übrigens, daß noch weitere Verfehlungen festgestellt würden. Man habe gestern abend die vollkommene Einstellung der Kohlenlieferungen für Frankreich und Belgien erfahren. Nach dem „Petit Journal“ soll das Vorgehen der Reparationskommission den doppelten Zweck haben, die juristischen Grundlinien für neue Maßnahmen, die im Ruhrgebiet ergriffen werden können, für die französische und belgische Regierung zu liefern und endlich den Zusammenhang der kontinentalen Kohlenmärkte aufrechtzuerhalten.

Der „Temps“ schreibt: Der französische und der belgische Delegierte werden heute der Reparationskommission neue ernsthafte Verfehlungen Deutschlands anerkennen. Das Reich hat den Bergarbeitern des Ruhrgebietes unterzogen, Reparationskohle zu liefern. Das Reich hat die für Belgien und Frankreich bestimmten Rindvieh- und Pferdelieferungen eingestellt. Nach einem Boten der Reparationskommission werden die Sanktionen ausgedehnt werden und die Besetzung des Ruhrgebietes östlich von Dortmund wird vollkommen berechtigt sein. (1) Das Wort steht voraus, daß in 48 Stunden die Kohlenlieferungen (nur Frankreich und Belgien, Ann. d. Red.) die Kohlenproduktion von ungefähr 76 Mill. Tonnen jährlich kontrollieren werden. Das seien acht Zehntel der rheinisch-westfälischen Gesamtproduktion. Das Wort steht voraus, daß weder die Eisenerz- noch die Polnischen Kohlenmangel das nicht besetzten Deutschlands mit ungefähr 4 Mill. Tonnen im Monat ersetzen werden.

Ein Plan Hughes in der Reparationskommission?

New York, 15. Januar.

Die „Associated Press“ meldet: Der amerikanische Botschafter Hughes hat der Reparationskommission einen Anfang November d. J. vom Staatssekretär Hughes genehmigten Plan zur Regelung des Reparationsproblems vorgelegt.

New York, 16. Januar.
In einer ergänzenden Erklärung zu der Nachricht der „Associated Press“, wonach Hughes der Reparationskommission einen Plan zur Regelung des Reparationsproblems vorgelegt hat, heißt es: Der Plan legt an, daß die Reparationsfrage an einen Ausschuss von Sachverständigen verwiesen wird, und sieht in allgemeinen Formen ein Moratorium von 2 oder 3 Jahren vor, um Deutschland Zeit zu geben, seinen Kredit im Ausland wieder herzustellen. Ferner sieht der Plan eine kleine Anleihe zur Stabilisierung der Wirt vor.

In vollkommenem Gegensatz zu diesen Meldungen steht folgende:

Washington, 16. Januar.

Das Staatsdepartement stellt in Abrede, daß Hughes den Auftrag erhalten habe, der Reparationskommission einen Reparationsplan zu unterbreiten und erklärt, der Plan sei von Hughes nicht gebilligt worden.

Vor einer neuen Gefahr.

Der Reichskohlenkommissar verbietet die Kohlenlieferungen.

Berlin, 16. Januar.

Der Reichskohlenkommissar hat, nachdem er von den Verhandlungen zwischen den Besatzmächtern und den Franzosen Kenntnis erhalten hatte, unter dem 13. d. M. mit Rücksicht auf den französischen und belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet ausdrücklich die Lieferung von Kohlen und Holz an Frankreich und Belgien auch für den Fall der Bevorschussung und Vorkauf durch diese Staaten verboten. Daraus haben sämtliche Besatzmächte sofort die Kohlenlieferung an Frankreich einstellen lassen.

Die Franzosen kritisieren deutsche Befehle.

Essen, 15. Januar.

Bei den heutigen Besprechungen zwischen den französischen Bevollmächtigten und den Vertretern der deutschen Verbände wurde von deutscher Seite ten Franzosen vom Bebot des Reichskohlenkommissars Kenntnis gegeben und mitgeteilt, daß daraufhin die Besatzmächte die Kohlenlieferung an Frankreich und Belgien eingestellt hätten. Darauf wurden die anwesenden deutschen Vertreter befragt, ob sie für die von ihnen vertretenen Besatzmächte verantwortlich seien. Auf diese Frage bejahte wurde, wurde einem jeden gegen Lektüre ein schriftlicher militärischer Befehl zugestellt, die Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien sofort wieder aufzunehmen. Im Namen der deutschen Vertreter erklärte er jedoch, daß dieser Befehl keine Folge gegeben werden würde. Wir sind Deutsche, sagte er, und stehen auf dem Standpunkte, daß wir nur den deutschen Befehlen unterworfen sind. Der französische Vertreter erklärte daraufhin die Besatzmächte für geschlossen.

Eine Kohlensteuer als Gegenmaßnahme.

Paris, 15. Januar.

Poincaré verkündete gestern mit dem Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer und dem Finanzminister de Lasteyrie über die Maßnahmen, die im Ruhrgebiet in der Ausführung begriffen sind. Von Mittwoch ab werden, laut „Petit Parisien“, die Kohlen (d. h. also Frankreich und Belgien, Anmerkung d. Schriftl.) im besetzten Teile des Ruhrgebietes und auf dem linken Rheinufer die Kohlensteuer erhoben. Aus dem besetzten Gebiet sollen, nach dem gleichen Blatte, Dortmund, Witten und Wermelsdorf, die mehr industrielle als bergbauliche Bezirke seien, ausgeschlossen bleiben. Die neu zu beschneidende Zone wird „Zone B“ genannt. Das bis jetzt besetzte Gebiet nennt man in Frankreich die „Grüne Zone“. Die Zone B produziert, nach dem „Petit Parisien“, 54 Millionen Tonnen Kohlen, die Grüne Zone 26 und das linke Rheinufer 6 Millionen Tonnen. Die Kohlen werden also

nach vollendeter Besetzung 86 Millionen Tonnen erhalten. Das würde in höchstem Maße genügen, um die Reparationskommission mit ihrem Bedarfe von 19 Millionen für die Kohlen sowie für die Industrie des Ruhrgebietes und des linken Rheinufers zu befriedigen. Die Beschlagnahme der Kohlensteuer sei notwendig, um die Besatzmächter für die Kohlenlieferungen an die Kohlenlieferanten zu entschädigen. Nach einer Ordonnanz des französischen Oberkommissars in den Rheinländern werden die notwendigen Nachbeschlagnahme Coles nicht nur auf das Ruhrgebiet, sondern auch auf das linke Rheinufer übertragen. Andere Maßnahmen könnten gleichfalls unvermeidlich werden, wenn beispielsweise die Reichsbank das Ruhrgebiet nicht genügend mit Geld versorgen würde.

Requisitionen.

Paris, 15. Januar.

Die „Temps“ teilt mit, wurde in der heutigen Ministerversammlung beschlossen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihrer Haltung nicht ändern, die Kohlen- und Holzlieferungen, die für die Reparationen erforderlich seien, sich durch Requisitionen zu verschaffen. Die Angelegenheit wäre dann nicht mehr allein Sache des Bergwerksbesitzers, da hätte General Degoutte einzugreifen.

Französische Kritik an der Ruhraktion.

Paris, 16. Januar.

Robert de Jouvenel schreibt im „Ouvrier“: Wir werden uns, was uns anlangt, hüten, den Ereignissen, die nur zu sehr für sich selbst sprechen, Folge nachzugeben. Vergessen wir uns damit, ins Gedächtnis zurückzurufen, daß wir ins Ruhrgebiet nur eine beschränkte Mission von 40 Ingenieuren schicken sollten, denen höchstens einige Soldaten beigegeben werden sollten. Nichtsdestoweniger werden wir in vier Tagen unbedingt veranlaßt werden, folgende Punkte in Betracht zu ziehen: 1. Requisitionen der Kohlen; 2. Inbetriebnahme der Bergwerke und vierteiliger Fabriken; 3. Beschlagnahme der Eisenbahnen; 4. Ernährung von mehreren Millionen Menschen; 5. Schaffung einer neuen Teuerung. Beraten wir uns binzusagen, daß das, was jetzt eintritt, zu leicht vorauszusetzen war, als daß man nicht einen Augenblick annehmen dürfte, unser Regierung hätte es nicht bis in die kleinsten Einzelheiten vorausgesehen. Die Tatsache, daß 100 Mark gestern auf 11½ Centimes gefallen sind, dürfte hiernach nicht weiter abtrafen. Die Besetzung des Ruhrgebietes erwies sich logisch, erklärte man gestern in offiziellen Kreisen ganz richtig.

Besorgnis in London.

London, 16. Januar.

„Westminster Gazette“ zufolge wartet die Regierung die Ereignisse und ihre Umwälzung im Ruhrgebiet weiterhin mit einiger Besorgnis bezüglich der Lage und in keinerlei Absicht, zu intervenieren, ab. Man sei nicht der Ansicht, daß die französische Besetzung Bochums das Ende der Aktion bedeute. Nichts könne die Franzosen davon abhalten, nach Berlin zu marschieren.

Der Vormarsch. Bochum besetzt.

Essen, 15. Januar.

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen ist heute ausgedehnt worden. Die französischen Truppen stehen nicht vor den Toren Dortmunds. Morgen soll auch Dortmund von den Franzosen besetzt werden. Heute abend standen die Spitzen der Vormarschtruppen bei Widdinghofen, Revin, Doroy und Warten, einige Kilometer vor Dortmund. Die Unmengen von Truppen, die heute mit der Bahn und allen möglichen Beförderungsmitteln in das Ruhrgebiet geworfen wurden, lassen darauf schließen, daß die Besetzung von Dortmund aus sich noch weiter ausdehnen wird. Das nächste Ziel soll

Dortmund sein, wo sich bekanntlich zahlreiche Schächte befinden, und das Wuppertal sein. Bochum, das heute in den ersten Nachmittagsstunden besetzt wurde, hat vorläufig 600 Mann Artillerie und Infanterie erhalten.

Unterbesetzung, ähnlich wie bei der Besetzung von Essen, der Kreis um die Stadt Bochum weiter gezogen. Von beiden Seiten ist Bochum bereits von Truppen eingeschlossen. Auf der einen Seite sind die Truppen bereits bis Witten und Eicklinghofen, auf der anderen Seite bis Mengede vorgeückt. In Mengede sind einige Offiziere und Mannschaften als Quartiermacher eingerückt, ebenso in Dorf. Der Kreis soll dann bei Dortmund geschlossen werden. Bis jetzt sind u. a. neu besetzt worden Herbede, Witten, Widdinghofen, das 600 Mann und einen höheren Stab erhalten hat, Hattingen mit 300 Mann, Seven und Erone sind mit dem 13. Infanterieregiment besetzt. In Widdinghofen sind 17 Mann stationiert. Gegen Abend war französische Kavallerie im Rumarsch auf Langenbreer. Die Besetzung von Hetne wird morgen vormittag erfolgen. Das Schloß Hetne bei Hetne ist besetzt. Für Dortmund, ein in Vorort von Dortmund, sind sechs Transportzüge mit Truppen, für Duer 15 Züge gemeldet. Die Landstraße von Langenberg nach Rixenhof, ebenso die Straße von Haltrup nach Tatteln gleichen heute nachmittag einem Heerlager.

Die Nachricht von dem Eintreffen in Bochum hat in Dortmund große Aufregung hervorgerufen. Auf den Straßen sammelten sich die Menschen. Reden wurden gehalten und patriotische Lieder wurden gesungen. In Essen fand heute eine Kundgebung von 12000 Personen vor dem Kaiserhof statt, in dem betriebl. die Kontrollkommission unterbracht ist, statt, wobei das „Deutschlandlied“ gesungen wurde. Der Kommandant der Besatzungsbehörde hat die deutsche Besatzung um Auflösung des „Vorfalls“ und Ermittlung der Anführer des „Vorfalls“ aufgefordert. In der Stadt gehen die Offiziere nur unter Begleitung von zwei Soldaten mit Gewehr über auf den Straßen.

Auch die folgende Meldung verdient, in diesem Zusammenhang, Beachtung:

München, 15. Januar.

Der „Regensburger Anzeiger“, das Organ des Abt. Held, des Führers der Bayerischen Volkspartei, meldet, daß man in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei sehr ernsthaft den Gedanken hege, die alten Selbstschutzorganisationen, etwa in der Form der vom Staate legalisierten und von ihm finanziell unterstützten Einwohnervorwehren, wieder aufleben zu lassen. Den Anlaß zu diesen Erwägungen gäben die veränderte politische Lage und die damit auftauchenden innerpolitischen Gefahren. Die Bedenken gegen den Weiterbestand der bayerischen Einwohnervorwehren seien gefallen. Der Rechtsbruch der Franzosen gebe nunmehr freie Hand, den dringendsten nationalen Lebensnotwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Aus maßgebenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei wird dagegen mitgeteilt, daß solche Pläne durchaus nicht die Billigung der verantwortlichen Stellen der Partei oder gar der Parteimitglieder in der Regierung finden. Die Mittel der Regierung reichen aus zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Lande. Ein Schutz der dringendsten nationalen Lebensnotwendigkeiten (!) müßte auf viel breiterer Grundlage aufgebaut sein.

Das erste Blutvergießen.

Bochum, 15. Januar.

Vor dem Eisenbahndirektionsamt an der Ruhigallee kam es heute abend zu größeren Zusammenstößen. Mehrere Kugeln wurden in die Luft geschossen, was die französischen Truppen veranlaßte, unter Gewehr zu treten. Kurz vor 8 Uhr abends kam es zu größeren Zusammenstößen vor der Handelskammer. Bald zog ein Trupp von 500 Leuten die Ruhigallee entlang mit dem Besatz der Eisenbahn. Die Franzosen schossen zunächst mit Gewehren, dann